

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894**

10.2.1894 (No. 40)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 10. Februar.

N<sup>o</sup> 40.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Eindrucksgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1894.

## Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 9. Februar.

Nach einer Berliner Meldung der „Köln. Ztg.“ ist der deutsch-russische Handelsvertrag vorgestern im Auswärtigen Amte zu Berlin paraphirt worden. Die formelle Unterzeichnung des Vertrags wird demselben Blatte zufolge morgen stattfinden, und zwar deutscherseits vom Reichskanzler Grafen Caprivi und vom preussischen Gesandten in Hamburg, Dr. Febr. v. Thielmann, russischerseits vom Botschafter Grafen Schumaloff und vom ersten russischen Unterhändler Dimiriatsch. Der Vertrag wird alsdann sofort dem Bundesrath übermittelt werden. Die „Freis. Ztg.“ will erfahren haben, daß für die Ratifikation des Vertrags eine Frist vereinbart worden sei, die mit dem 20. März abläuft. Sollte diese Meldung sich als richtig erweisen, so müßte der Reichstag den Vertrag vor Beginn der Osterferien erledigen. Daß eine möglichst baldige Entscheidung des Reichstags über den Vertrag im allgemeinen Interesse liegt, dürfte wohl auch kaum zu bestreiten sein; nicht nur die an den deutsch-russischen Handelsbeziehungen beteiligten Geschäftskreise werden ein solche baldige Entscheidung wünschen, sondern es ist auch für die Klärung der parlamentarischen Lage von Werth, daß die endgiltige Beschlußfassung des Reichstags nicht allzu weit hinausgeschoben wird. Der Handelsvertrag mit Rußland steht jetzt derart im Mittelpunkt der parlamentarischen Lage, seine Annahme oder Nichtannahme im Reichstag ist voraussichtlich mit so bedeutenden Konsequenzen für den weiteren Verlauf der Reichstagsession und für die Entwicklung der politischen Verhältnisse verknüpft, daß die Aufmerksamkeit aller an den öffentlichen Vorgängen interessirten Volkstheile sich der bevorstehenden Reichstagsentscheidung zuwenden muß. Mit welcher lebhaften Theilnahme Seine Majestät der Kaiser die Verhandlungen mit Rußland verfolgt hat und welchen hohen Werth der Monarch persönlich auf eine befriedigende Lösung des Handelsvertrags legt, hat Allerhöchstderselbe durch seine Aeußerungen bei dem parlamentarischen Diner im Reichskanzlerpalais bekundet; im Anschluß daran wird vom Wolff'schen Telegraphenbureau gemeldet, daß der Kaiser gestern Vormittag im Reichskanzlerpalais Vorträge des Reichskanzlers Grafen Caprivi und des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall über den Handelsvertrag unter Hinzuziehung der beiden Unterhändler Frhrn. v. Thielmann und Frhrn. v. Lamezan entgegennahm.

## Deutschland.

\* Berlin, 8. Febr. Heute früh unternahm Ihre Majestät der Kaiserin und die Kaiserin eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Thiergarten und eine Promenade in demselben. Auf der Rückfahrt begab der Kaiser sich in die Wohnung des Staatssekretärs Frhrn. Marschall von Bieberstein, um den Vortrag desselben entgegenzunehmen. In das Schloß zurückgekehrt, hörte Seine Majestät zunächst den Vortrag des Kriegsministers und arbeitete sodann längere Zeit mit dem Chef des Militärkabinetts. Abends wohnte Seine Majestät einem beim Offiziercorps des 4. Garderegiments z. F. stattfindenden Abschiedessen zu Ehren des früheren Kommandeurs, jetzigen Generalmajors Frhrn. v. Gemmingen, bei.

Dem Vernehmen nach wird Seine Majestät der Kaiserin sich am 20. d. Mts. nach Wilhelmshaven begeben, wo die fünfundschwanzigjährige Zugehörigkeit des Panzerschiffs „König Wilhelm“ zur preussisch-deutschen Marine feierlich begangen werden soll.

In Wiesbaden starb gestern Generalleutnant z. D. Otto v. Gärtner. Derselbe hat dem preussischen Ingenieurcorps von 1848 bis 1889 angehört. Während des Krieges gegen Frankreich war er 2. Ingenieuroffizier beim Generalkommando des XI. Corps. Mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse heimgekehrt, übernahm er als Major das Kommando des 7. Pionierbataillons. 1879 wurde er mit Wahrnehmung der Inspektion der Festungsbauten nach Straßburg kommandirt, 1881 zum Oberst befördert, 1882 zum Inspektor der 5. Festungsinspektion und 1886 zum Inspektor der 4. Ingenieurinspektion in Mainz ernannt. Nach kurzer Zeit erhielt er die Stellung als Inspektor der 2. Pionierinspektion in Mainz, wurde am 8. März 1887 zum Generalmajor befördert und am 16. April 1889 auf sein Gesuch als Generalleutnant zur Disposition gestellt.

Der Bundesrath erklärte den Beschluß des Reichstags, hinsichtlich der kaiserlichen Verordnungen vom 27. Juli und 17. August 1893 wegen Erhebung des Zollzuschlags für aus Rußland und Finland kommende Waaren, durch den Beschluß des Bundesrathes

vom 29. Dezember für erledigt. Ferner stimmte der Bundesrath dem Bericht des Ausschusses über den Handels- und Schiffsfahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Uruguay zu und schließlich nahm er die Eingabe der „Generalanwaltschaft ländlicher Genossenschaften für Deutschland“ zu Newiew a. Nh., betreffend die Aenderung des Verbandsstatuts, zur Kenntniß.

Die „Nationalzeitung“ schreibt: „Im Reichsschatzamt wird ein neuer Gesetzentwurf an Stelle des gegenwärtig vorliegenden Weinsteuerprojektes ausgearbeitet. Derselbe bezweckt, die Flaschenweine beim Verkauf von einer gewissen Werthgrenze an zu besteuern. Diese Grenze steht noch nicht fest, doch wird sie so bemessen werden, daß der geringe Wein ganz frei bleibt und der gewöhnliche Konsument sowohl als der Winzer verschont wird. Die Steuer wird je nach dem Werth progressiv sein. Außerdem wird die Besteuerung der Schaum- und Kunstweine aufrecht erhalten werden. Dieser neue Vorschlag berührt sich mit Anregungen von verschiedener Seite, namentlich aus der nationalliberalen Partei und dem Centrum, welche bei der ersten Berathung der Weinsteuer-Vorlage zum Ausdruck gelangten. Dem Weinsteuerprojekt würde damit vollständig der Charakter einer Zugsteuer verliehen und der Widerspruch gegen diesen ganzen Besteuerungsvorschlag würde voraussichtlich erheblich abgeschwächt werden. Auch die finanziellen Ergebnisse dieses beschränkten Projektes würden keineswegs ganz gering zu veranschlagen sein.“ Zu dieser Mittheilung der „Nationalzeitung“ bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Wir können bestätigen, daß im Reichsschatzamt der Versuch gemacht wird, einen Entwurf im vorstehenden Sinne auszuarbeiten.“

Im weiteren Verlauf der heutigen Reichstags-Sitzung, über deren Beginn schon telegraphisch berichtet wurde, wurde der Rest vom Ordinarium des Reichsschatzamt des Innern bemittelt. An der Debatte nahm besonders die Sozialdemokratie Antheil, als deren Vertreter Schönlank, Wurm und Ulrich sprachen. Der zu keiner Fraktion gehörende Abgeordnete Nöckle wies auf das in Berlin begründete Museum für Wohlfahrts-Einrichtungen hin und bat um Vereinstellung von Mitteln zu solchen Sammlungen. Er führte ferner aus, daß die Berufsvereine für die Unfallverhütung reichliche Mittel aufgewendet haben. Diese Ansicht sei auch von einer selbst bei den Sozialdemokraten anerkannten Autorität, dem Oberregierungsath Wörtschöffer, ausgesprochen worden. Die Arbeiter könnten, statt immer dem Arbeitgeber Vorwürfe zu machen, selbst viel zur Unfallverhütung beitragen; sie schienen aber leider hierfür nicht immer das erforderliche Interesse zu haben. Bei dem Titel des Extraordinariums „Nordostseekanal“ sprach Abg. Lenzmann (freis. Ver.) den Wunsch aus, daß dem Reichstage Gelegenheit gegeben werde, sich den Nordostseekanal anzusehen. Der Rest vom Etat des Reichsschatzamt wurde bewilligt, ausgenommen die Forderung einer ersten Rate von 1 100 000 M. für die Errichtung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal, deren Berathung ausgesetzt ward. Hierauf wurde das Unterstützungswohnungs-gesetz, die Ergänzung des Strafgesetzbuches nach Ablehnung des Antrags Gröber und mit Annahme des Antrags Mollenbuhr in dritter Lesung angenommen. Die nächste Sitzung findet morgen statt; auf der Tagesordnung stehen der Postetat und der Etat der Reichsdruckerei.

In der Budgetkommission des Reichstags sprach Prinz Arenberg bei dem Etat für Kamerun die dortigen Vorgänge. Er wies darauf hin, daß der Bericht des Kanzlers Leist die Ursachen für den Aufstand der Dahomeer-Leute übergehe und behauptete, ohne Zweifel trügen die vorgekommenen Grausamkeiten die Schuld. Nicht nur sei Leist's Verbleiben auf seinem Posten unmöglich, sondern Leist sei sogar strafbar, wenn nicht bedeutende Gründe ihn entschuldigten. Der deutsche Name sei durch dessen Vorgehen geschändet worden. Geheimrath Kayser erwiderte, er wolle nichts beschönigen und nichts verschweigen, doch seien weitere Nachrichten noch nicht eingegangen. Anfänglich habe man die von englischen Mätern gemeldeten Vorgänge für unmöglich gehalten. Sollten sich die englischen Berichte bewahrheiten, daß 20 Dahomeer-Weiber in Gegenwart der Männer gepeitscht worden seien, so würde Leist einer strengen Ahndung nicht entgehen. Es sei sofort ein Beamter zur Untersuchung der Thatfachen nach Kamerun entsandt worden. Nebel erklärte, seit zehn Jahren habe kein Fall eine so allgemeine Entrüstung erregt. Leist habe die Despotie eingeführt. Er erbiete ferner Aufschluß darüber, ob es zulässig sei, deutsche Marinesoldaten, ohne sie zu fragen, nach Kamerun zu kommandiren, wo die Gefahren des Klimas und anderer Umstände besonders groß seien. Geheimrath Kayser antwortete, die Dahomeer seien

faktisch gekauft worden; aber sofort, als die Nachricht davon nach Deutschland gekommen sei, wurde Ordre gegeben, sie freizulassen; indessen sei keiner nach Dahomee zurückgekehrt. Die Dahomeer seien auch wie andere Soldaten behandelt worden, nur sei ihnen der Soldat in natura geliefert worden. Die Marinesoldaten seien nicht gezwungen worden, nach Kamerun zu gehen, sondern es meldeten sich Freiwillige. Nichter bezweifelte diese Freiwilligkeit und meinte, es sei bedenklich, jetzt aktive Mannschaften nach den Tropen zu kommandiren. Die Weiterberathung erfolgt morgen.

Die Kommission des Reichstags für die Stempelsteuervorlage nahm einstimmig einen Antrag des Abg. Gröber an, die Wettensätze bei Pferderennen wie Spielanlagen zu behandeln. Dagegen lehnte sie die Anträge Singer (auf 50 Prozent) und Richter (auf 20 Prozent Steuer) ab und nahm eine Erhöhung des Steuersatzes auf 10 Prozent an.

Ihre erste Sitzung hielt gestern die Kommission des Reichstags zur Vorberathung des aus dem Hause eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die eingetragenen Berufsvereine. Es wurde beschlossen, zwei Lesungen vorzunehmen. Sodann wurden zwei prinzipielle Anträge des Abg. Frhrn. v. Stumm angenommen: im § 1 hinter dem Worte „Mitgliedern“ einzuschalten: „nach Maßgabe dieses Gesetzes“ und im § 2 hinter dem Worte „Zweck“ einzuschalten: „§ 9“. Die Annahme des ersten Antrags erfolgte einstimmig, die des zweiten mit 6 gegen 2 Stimmen. Beide Anträge verfolgen den Zweck, an Stelle der allgemeinen Fassung des Begriffs der Berufsvereine, welche die Wohlthaten des Gesetzes genießen sollen, eine Spezialisirung der Zwecke herbeizuführen, die solche Berufsvereine verfolgen dürfen.

Die Untersuchungskommission in der Währungsfrage wird, wie es heißt, spätestens in 14 Tagen einberufen werden. Den Vorsitz wird, wenigstens zunächst, der Staatssekretär Graf Posadowsky führen. Die Liste der Mitglieder soll erst bekannt gegeben werden, wenn die zur Theilnahme aufgeforderten Herren zusagende Erklärungen abgegeben haben.

Im preussischen Abgeordnetenhause wurde heute die Erörterung über die Landwirtschaftskammern beendet. Das Haus verwies den Gesetzentwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Darauf kam die Vorlage über den Elbe-Trade-Kanal (resp. über den preussischen Staatsbeitrag zum Bau dieses Kanals zur Verhandlung. Minister Thielmann erklärte, der preussische Staat habe ein dringendes Interesse an dem Kanal, denn derselbe werde weiten Gebieten Preußens einen erheblichen wirtschaftlichen Nutzen bringen. Vom Kanal hänge auch die Lebensfähigkeit der alten Hansestadt Lübeck ab, die ihre alte deutsch-nationale Gesinnung durch alle Zeiten gewahrt und auch in der jüngsten Zeit betheiliget habe — er erinnere nur an den Nordostseekanal — und welche es verstanden hat, trotz der schwierigen Verhältnisse ihren ehrenvollen Platz unter den Seestädten Deutschlands aufrecht zu erhalten. Der Kanal werde es ermöglichen, daß Lübeck seine alten Handelsbeziehungen zum baltischen Norden aufrechterhält, beziehungsweise wiedergewinnt. Der Plan des Kanals sei seit dem 14. Jahrhundert erörtert worden, das beweise, wie notwendig er ist. Die Beiträge Preußens seien nicht zu hoch, wie die Begründung der Vorlage nachweist. Die Klagen Rageburgs seien übertrieben. Der Wasserverkehr von Rageburg nach Lübeck schwankte zwischen 1800 bis 2100 Tonnern jährlich. Ein Kanal Rageburg-Lübeck würde 800 000 M. kosten. Die Lübecker seien übrigens bereit, die bestehende Wasserverbindung mit Rageburg durch Anlage von Dämmen z. zu verbessern. Finanzminister Miquel erklärte, nur eine angemessene Gebührenerhebung ermögliche für den Staat den Ausbau der Wasserstraßen. Sie gleiche auch den Ausfall aus, den der Wettbewerb der Wasserwege unseren Eisenbahnen bringt. Mit Lübeck wurde vereinbart, daß Preußen das Recht habe, nach einer Erhöhung der Abgaben auf den märkischen Wasserstraßen auch die Abgaben auf dem Elbe-Trade-Kanal zu steigern, und daß nach einer Ermäßigung jener Abgaben auch die Gebühren für den Elbe-Trade-Kanal ermäßigt werden. Rauenburg sei bei der Bemessung der Beitragspflicht nicht überbürdet worden. Schließlich verwies man die Vorlage an die Budgetkommission.

Berlin, 8. Febr. Nachdem am gestrigen Tage in Paris die Internationale Sanitätskonferenz eröffnet worden ist (ein telegraphischer Bericht über die Eröffnungssitzung wurde gestern in der „Karlsruh. Ztg.“ wiedergegeben), mögen nachfolgend die Namen der Delegirten zu der Konferenz mitgetheilt werden. Die Delegirten Frankreichs sind: der Gesandte in München, Herr Barrère, und der Direktor der Konsulatsabtheilung, Herr Panotauz, denen als Fachreferenten die Doktoren

Brouardel und Proust und der Direktor der öffentlichen Gesundheitspflege im Ministerium des Innern, Herr Monod, beigegeben sind. Das Deutsche Reich läßt sich durch den Botschaftsrath bei der Pariser Botschaft, Herrn v. Schoen, und den deutschen Delegirten im Konstantinopler Sanitätsrath, Herrn Dr. Nordmann, vertreten. Oesterreich-Ungarn wird durch den außerordentlichen Minister und bevollmächtigten Gesandten, Grafen Ruffstein, welcher bei der Benediger Konferenz den Vorsitz geführt hat, und die Fachreferenten Dr. Hagel und Dr. Karinski vertreten. Die Delegirten Italiens sind: der Erste Sekretär der Pariser Botschaft, Marquis Malaspina, und der Direktor der öffentlichen Gesundheitspflege im Ministerium des Innern, Herr Dr. Pagliani. Rußland entsandte den Bruder des Geschäftsträgers in Paris, Herrn Michael v. Giers, und den Direktor des Sanitätsdepartements im Ministerium des Innern, Herrn Ragosin. Die Delegirten der Türkei sind: der Gesandte in Madrid, Turlhan Bey, das Mitglied des Konstantinopler Sanitätsrathes Nuri Pascha, der Chemiker des Kaiserlichen Palais Bontowski Pascha und Dr. Haindy Bey. Egypten entsandte den Generalgouverneur des Suezkanals, Ahmet Pascha Schukry, den Präsidenten des Sanitätsrathes in Alexandria, Herrn Muevillie, und den Subdirektor des Sanitätsdienstes in Kairo, Sefy Pascha. Persien wird durch die Doktoren Moïn ol Atebba und Murza Khatil Khan vertreten sein. Die Delegirten der Vereinigten Staaten von Nordamerika sind die Herren: Dr. Edward Salepspeare, Stepton Smith und Preston Bailhache, diejenigen Griechenlands: der Pariser Geschäftsträger, Herr Kriess, und der griechische Delegirte im Konstantinopler Sanitätsrath, Herr Vassader. Portugal wird durch seinen Gesandten in Paris, Herrn Nabarro, ebenso Schweden und Norwegen durch den Pariser Gesandten, Herrn Due, vertreten. Die Delegirten der Niederlande sind: der Gesandte in Paris, Herr v. Stuers, und der Sanitätsrath im Ministerium des Innern, Herr Dr. Ruysh. Dänemark läßt sich durch seinen Pariser Gesandten, Grafen Wolke-Hoifeld, vertreten.

**Dresden, 8. Febr.** Ueber das Befinden des an einer Blasenblutung erkrankten Königs wird berichtet, daß Seine Majestät im Laufe des Nachmittags eine erhebliche Erleichterung der vorher vorhandenen Beschwerden empfand; der hohe Patient hat auch wiederholt etwas geschlafen. Es treten keine Fiebererscheinungen auf.

**München, 8. Febr.** Seine königliche Hoheit der Prinz-Regent von Bayern hat dem Großherzog von Toscana das 16. Bayerische Infanterieregiment, bestehend aus einem der nach dem Kriege 1870/1871 neuformirten Regimenter ist. Es wurde am 1. Oktober 1878 aus dem 2., 7. und 9. Jägerbataillon gebildet und am 25. März 1883 dem König Alfons XII. von Spanien verliehen, der es bis zu seinem Tode inne hatte. Das Regiment garnisonirt gegenwärtig mit dem 1. Bataillon in Landshut. Eine Deputation des Regiments wird sich demnächst dem neuen Inhaber vorstellen.

**Oesterreich-Ungarn.**  
**Wien, 8. Febr.** Die Wiener Blätter würdigen den Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages als ein Ereigniß von ebenso großer wirtschaftlicher als politischer Tragweite. So sagt das „Fremdenblatt“: „Der Abschluß des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Rußland ist eines der wichtigsten wirtschaftlichen Ereignisse unserer Zeit. Die wirtschaftliche Annäherung zwischen den zwei großen Reichen ist von höchstem Werthe für beide, und es kann nicht ausbleiben, daß sie sich auch auf außerwirtschaftlichem Gebiete wohlthätig geltend mache und engere Beziehungen zwischen ihnen herbeiführe.“ Ähnlich sprechen sich andere angesehenere Wiener Journale aus. — Nach einer Meldung aus Pest ist die Verhandlung des ungarischen Abgeordnetenhauses über die Civilehe-Vorlage auf den 10. Februar anberaumt. Sämmtliche Mitglieder aller Parteien sind hierzu einberufen worden. Die sächsischen Abgeordneten zum ungarischen Abgeordnetenhaus sollen einstimmig beschließen haben, den kirchenpolitischen Vorlagen der Regierung zuzustimmen. In diesem Falle wäre den Vorlagen die Mehrheit im Abgeordnetenhaus gesichert.

**Italien.**  
**Z Rom, 6. Febr.** Der Ministerpräsident Crispi, der sich von seinem Unwohlsein wieder erholt hat, ist auf einige Tage nach Neapel gereist, wo er eine Villa besitzt, um dort noch etwas der Ruhe zu pflegen, ehe er den schweren Kampf mit dem Epöismus und der Rechtshaberei der Parlamentarier aufnimmt. (Neueste Telegramme melden seine Rückkehr nach Rom. D. Red.) Auf keinen Fall — so hat er verschiedenen Personen versichert — wird die Vertagung des Parlaments über den 20. hinaus verlängert werden. Es wird dann die unerlässlichen Vorlagen erhalten und — so soll seine Aeußerung wirklich gelautet haben — „wenn sich die Kammer dann selbst umbringen will, so wird die Regierung dies nicht verhindern können“. Man darf also annehmen, daß eine Wiederholung des Schauspieles, das gegenüber den Vorlagen Giolitti's in Scene gesetzt wurde, eine Auflösung des Parlaments zur Folge haben würde, und es gibt in Italien sehr Viele, die ein solches Ereigniß als eine rettende That begrüßen würden und von einem Appell an das Volk eine Mehrheit erwarten zu dürfen glauben, mit der es der Regierung möglich sein wird, eine durchgreifende Reform der gesammten Staatsverwaltung durchzuführen, die ohne Mitwirkung der Volksvertretung ins Leben zu rufen man — wie es scheint — und zwar an höchster Stelle, entschiedene und schwer wiegende Bedenken trägt. Vorerst handelt es sich bei den Finanzplänen, die

Minister Sonnino in der parlamentarischen Schonzeit ausgearbeitet hat, dem Vernehmen nach nur um solche, die dem Bedürfnisse des Augenblicks entsprechen und genügen, die großen Reformen, zu deren Ausarbeitung ein längerer Zeitraum unerlässlich zu sein scheint, sollen vorerst zurückgestellt sein. Jetzt handelt es sich nur darum, das Defizit in ehrlicher und zuverlässiger Weise aus der Welt zu schaffen. Ueber die Vorlagen des Finanzministers beobachtet die offizielle Welt und Presse ein tiefes Stillschweigen. Was anderweitig darüber verlautet, soll beabsichtigt sein, etwa 20 Millionen des Defizits von 130 Millionen durch Ersparnisse, das übrige durch zahlreiche kleine und daher weniger empfindliche Steuererhöhungen zu decken. Das Parlament müßte sich — sei es aus Patriotismus, sei es aus Furcht vor der Auflösung — von Grund aus geändert haben, wenn diese Pläne Aussicht auf Annahme erhalten sollen. Es wäre ja sehr zu wünschen, denn Italien ist ohnehin vom Parteiwesen so unterwühlt, daß eine Parlamentsauflösung mit der darauf folgenden Wahlbewegung immer ein unerfreulicher Vorgang ist, doppelt unerwünscht bei einer so leidenschaftlichen Bevölkerung wie die italienische und bei den tief einschneidenden Gegensätzen, wie sie nicht nur der Zwiespalt der Parteien, sondern auch der Fader unter den verschiedenen Provinzen des erst seit so kurzer Zeit staatlich geeinigten Königreichs hervorruft, die allenthalben eher der Wilderung als der Verschärfung bedürfen. Dennoch wird die Regierung vor dieser ultima ratio des konstitutionellen Staates nicht zurücktreten, wenn sie sich von deren Anwendung im Interesse des Landes ein gedeihliches Ergebnis verspricht. In heißen parlamentarischen Schlachten wird es jedenfalls nach dem 20. Februar nicht fehlen.

**Rom, 8. Febr.** Gestern war der Jahrestag des Todes Pappi Pius IX. Aus dieser Veranlassung wohnen die Kardinal- und das diplomatische Corps einem Trauergottesdienste bei. Pappi Leo XIII. ertheilte bei dem von zahlreichen Andächtigen besuchten Gottesdienste die Absolution am Katafal.

**Frankreich.**  
**Paris, 8. Febr.** Präsident Carnot empfing heute die Mitglieder der Internationalen Sanitätskonferenz. Der Präsident der Republik hielt eine Ansprache, worin er sagte: „er danke den Herren für den Besuch und sei glücklich, sie im Namen Frankreichs zu begrüßen.“ Er sagte: „Sie kommen hierher, um eines der großen Vertheidigungswerke der Menschheit gegen die sie bedrohenden Feinde zu vollenden, und beweisen dadurch, was die Einigkeit und Solidarität der civilisirten Völker vermögen im gemeinsamen Interesse. Frankreich ist glücklich, in dem laufenden Jahr der Schaulag dieser herrlichen und gemeinschaftlichen Arbeit der Diplomatie und der Wissenschaft zu sein. Sie werden hier die herzlichste Gastfreundschaft finden.“ Der österreichisch-ungarische Delegirte Graf Ruffstein dankte im Namen seiner Kollegen. „In der Deputirtenkammer wurde heute der Bericht der Kommission über die Erhöhung des Getreidezolls vorgelegt. Die Kammer setzte die Verhandlung des Berichts auf nächsten Samstag fest. — Die französische Regierung hat ihre guten Gründe dafür gehabt, mit dem Oberlieutenant Bonnier wegen seines unbefugten Marches nach Timbuktu unzufrieden zu sein. Wenn Bonnier auch bei dem Einmarsch in Timbuktu auf keinen Widerstand stoß, so befürchtet man, daß dieses Ereigniß noch die Quelle von Streitigkeiten mit den Tuaregs bilden und die französische Regierung zu Truppennachschüben nöthigen wird. Eine amtliche Depesche aus Saint-Louis meldet, eine stiegende Kolonne französischer Truppen sei in der Nähe von Timbuktu von den Tuaregs überfallen worden. Der „Temps“ ergänzt die Meldung dahin, daß eine Erkundigungsabtheilung, die Oberlieutenant Bonnier in nördlicher Richtung von Timbuktu aus vorgeführt hatte, von den Tuaregs vernichtet worden sei. Der Ministerrath hat infolge dessen heute beschloffen, Truppenverräkungen nach Timbuktu zu senden.“

**Großbritannien.**  
**London, 9. Febr. (Tel.)** Das Oberhaus erledigte gestern die Kirchspielratsbill in der Einzelberatung nach fünfjähriger Verhandlung, wobei verschiedene Abänderungsanträge trotz des Einspruchs der Regierung angenommen wurden. (Der Widerstand des Oberhauses gegen die Vorschläge der Regierung kennzeichnet sich auch in der Annahme dieser vom Ministerium Gladstone vergeblich bekämpften Abänderungsanträge. Gladstone scheint durch den Verlauf, den die Verhandlung der Kirchspielratsbill im Oberhause nimmt, tief verstimmt zu sein; die Opposition des Oberhauses gegen den Gesekentwurf, der den konservativen Lords ein Dorn im Auge ist, weil er auf die Demokratisirung der Kirchspielräthe berechnet ist, gilt als eine von den Hauptursachen für Gladstone's Drohung, zurückzutreten.)

**Rußland.**  
**St. Petersburg, 8. Febr.** Die Genesung Seiner Majestät des Kaisers Alexander macht gute Fortschritte. Der Monarch ist bereits seit mehreren Tagen außerhalb des Bettes und arbeitet, im Lehnstuhl sitzend. Der seinerzeit abbestellte Hofball ist für Ende nächster Woche in Aussicht genommen, doch wird der Kaiser, dem Wunsch der Aerzte entsprechend, ihm fernbleiben. (Als ein Zeichen für die befriedigend fortschreitende Genesung des Kaisers dürfte es auch anzusehen sein, daß dem Moskauer Professor Sacharin, der den Kaiser in dessen letzter Krankheit behandelte, der Alexander-Newsky-Orden verliehen worden ist.)

**Bulgarien.**  
**Sofia, 9. Febr. (Tel.)** Die gestrigen Nachrichten über eine wesentliche Verschlimmerung im Befinden der Prin-

zessin Maria Luise scheinen übertrieben gewesen zu sein. Die Prinzessin leidet an Fieber mit wechselnder Temperatur. Die Fiebererscheinungen entsprechen indessen jenen, welche sich häufig nach Entbindungen einstellen, und geben keinen Anlaß zu Besorgnissen.

**Amerika.**  
**Rio de Janeiro, 8. Febr.** Es bestätigt sich, daß der Chef der brasilianischen Aufständischen vor Rio de Janeiro, Admiral da Gama, von den Mächten die Anerkennung der Aufständischen als kriegführende Macht verlangt. Er will sich offenbar durch Entfernung der fremden Handelsschiffe freie Hand für eine wirksamere Beschließung der feindlichen Stellungen verschaffen. Bis jetzt hört man aber nur von abschlägigen Bescheiden auf das Verlangen da Gama's. Die „Agencia Stefani“ theilt als verbürgt mit, die italienische Regierung sei nicht geneigt, die Aufständischen als kriegführende Partei anzuerkennen. Dasselbe versichert die „Liberte“ in Bezug auf die französische Regierung.

**Badischer Landtag.**  
**\* Karlsruhe, 9. Febr. 7.** Öffentliche Sitzung der Ersten Kammer unter dem Vorsitz des Durchlauchtigsten Präsidenten, Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden.

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Roff, Minister v. Brauer und Ministerialpräsident Dr. Buchenberger.

Nach Befanntgabe der neuen Einkünfte tritt das Haus in die Verhandlung des Berichts der Budgetkommission über die Spezialbudgets für 1894 und 1895:

a. des Großh. Staatsministeriums, b. des Großh. Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten.

Zunächst erhält das Wort der Berichterstatter Febr. v. Rader. Es folgt sodann eine eingehende Diskussion über die allgemeine Lage der Staatsfinanzen, insbesondere das finanzielle Verhältnis zum Reiche, die Reichsfinanzreform und die für den Wehrbedarf des Reichs in Aussicht genommenen Deckungsmittel. An der Verhandlung theilnehmen sich die Herren Febr. v. Göler, Febr. Franz v. Bödman, Geheimrer Kommerzienrath Dissen, Geheimrer Hofrath Dr. Meyer und Febr. Ferdinand v. Bödman.

Zwei weitere Redner sind noch zum Worte gemeldet. Wegen vorgeschickter Stunde beschließt das Hohe Haus Vertagung der Verhandlung, worauf der Durchlauchtigste Präsident die nächste Sitzung zur Fortsetzung der heutigen Verhandlung auf morgen (Samstag, 10. Februar) Vormittags 10 Uhr anberaumt und die Sitzung um 2 1/2 Uhr schließt. (Ausführlicher Bericht folgt.)

**\* Karlsruhe, 9. Febr. 8.** Öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 10. Februar, Vormittags 10 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Fortsetzung der Verhandlung des Berichts der Budgetkommission über die Spezialbudgets für 1894 und 1895: a. des Großh. Staatsministeriums, b. des Großh. Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten. (Berichterstatter: Freiherr v. Rader.)

**\* Karlsruhe, 9. Febr. 29.** Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Bödner.

Am Ministerisch: Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Eisenlohr, Geh. Oberregierungsrath Dr. Pyditt, Ministerialrath Reinhard.

Eingelassen sind folgende Petitionen: Bitten der Schlosser- und Tischlermeister der Stadt Schwellingen, die Aemter des Richtmeisters, des Kontrolleure der Bierpreffionen, des Kontrolleure der Schupvorrathungen an Treibriemen, des Fitzableitervisitors für den Amtsbezirk Schwellingen betr.

Bitten der badischen Gemeindebeamten um gesetzliche Regelung der Pensionirung und Hinterbliebenenversorgung. Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetretet und erstattet Abg. Wittmer Bericht über den Gesekentwurf, betr. die Gewährung von Entschädigungen bei Seuchenverlusten.

An der Debatte theilnehmen sich die Abgg. Frank, Gerber, Klein, Werthim, Eder, Kirchenbauer, der Berichterstatter und der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Eisenlohr; an der Spezialdiskussion die Abgg. Reimbach, Frank und Schüler. Der Gesekentwurf selbst wird einstimmig angenommen. Schluß der Sitzung 1/211 Uhr. (Ausführlicher Bericht folgt.)

**\* Karlsruhe, 9. Febr. 30.** Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 10. Februar, Vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Verhandlung der Berichte der Petitionskommission über die Bitten: a. Heilberger Landwirthe, Wildschaden betr. (Berichterstatter: Abg. Engelberth); b. der Schumann'sche Wwe. in Karlsruhe, Erhöhung ihres Wittwengeldes betr. (Berichterstatter: Abg. Engelberth); c. des Lehrers Grimmer in Mannheim, etatmäßige Anstellung und Entschädigung betr. (Berichterstatter: Abg. Rüd); d. des pensionirten Hauptlehrers K. Kessler in Hüringen, Aufbesserung seines Pensionsgehalts betr. (Berichterstatter: Abg. Weygoldt).

**Großherzogthum Baden.**  
**Karlsruhe, den 9. Februar.**

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag den Vortrag des Geheimraths Freiherrn von Ungern-Sternberg entgegen. Nachmittags hörte Höchst-

derselbe die Vorträge des Majors von Oden und des Legationsrats Dr. Freiherrn von Babo.

• Nachdem an Stelle des bisherigen Konsul John H. Drake Herr George Keenan zum Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika ernannt worden ist, wurde demselben das zur Ausübung seiner bezüglichen Funktionen erforderliche Exequatur erteilt.

• (Großes Hoftheater.) Die schon mehrfach erwähnte Vorstellung des Otto Ludwig'schen Trauerspiels „Die Wallfahrer“ soll nun am Freitag den 16. d. M. stattfinden. Die Hauptrollen liegen in den Händen der Damen Peget und Böder und der Herren Waldeck, Karl, Wassermann und Böder. Am Dienstag den 13. Febr. wird das Volksstück „Mein Leopold“ für die Abonnenten der ungeraden Tour wiederholt werden. Die Oper bringt am Sonntag den 11. den „Fliegenden Holländer“ mit Fräulein Mailbac und den Herren Plank, Keller, Oberländer in den Hauptpartien, am Donnerstag den 15. Febr. den „Troubadour“ mit Herrn Arthur Hofmann aus Wien in der Titelrolle und Frau Reuß als Azucena, am Sonntag den 18. Febr. „Die Wallfäre“ in der bisherigen Besetzung. In Vorbereitung ist eine Neuinszenierung von Mozart's „Figaro“.

• (Im Hotel Germania) vereinigen sich heute Nachmittag um 2 Uhr die Mitglieder der ersten Kommer der badischen Landstände zu einem Diner, an welchem auch der Durchlauchtigste Präsident der ersten Kammer, Seine Großherzogliche Hoheit Prinz Wilhelm, sowie die dem hohen Hause als Mitglieder angehörenden Prinzen Karl und Max, Großherzogliche Hoheiten, teilnahmen. Das Diner fand zu 20 Gedecken statt.

• (Der Badische Handelsrat) wird, wie man uns mitteilt, seine Verhandlungen, die bekanntlich den deutsch-russischen Handelsvertrag zum Gegenstand haben, am kommenden Sonntag im hiesigen großen Rathhaussaal nicht schon um 11 Uhr, sondern erst um 11 1/2 Uhr beginnen. Es schließt sich daran ein gemeinschaftliches Mittagessen im „Hotel Erbprinz“.

• (Som Verband deutscher Gewerbevereine.) Der Vorstand des Verbandes deutscher Gewerbevereine hat in der Sitzung vom 10. d. M. die Beschlüsse über die Organisation des Gewerbes und Regelung des Arbeitswesens, ausgeführt und dem Reichskanzler und den Bundesregierungen nebst einer Denkschrift mit dem Ersuchen überreicht worden, bei einer reichsgesetzlichen Regelung dieser Angelegenheit die in demselben niedergelegten Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Der Entwurf wird in Nummer 6 der „Badischen Gewerbezeitung“ wörtlich erscheinen.

• (Der Gewerbeverein Karlsruhe) hat auf nächsten Mittwoch, Abends 8 1/2 Uhr, in den Gartenhof des „Hotel Stollhof“ wieder eine Monatsversammlung einberufen, in welcher Herr Architekt Augenhein einen Vortrag über Geschichte und Baugeschichte von Kloster und Schloss Gottsauge halten wird. Der Verein beschließt, auch dieses Jahr Briefe für gut: Beibringungsarbeiten zu verteilen und eine Prüfung in den theoretischen Fächern zu veranstalten. Anmeldungen hierzu sind bis spätestens 15. Februar an das Sekretariat, Friedrichs-Platz 3, zu richten.

• (Kauter-Denkmal.) Für den im Stadtgarten aufzustellenden Gedenkstein des verewigten Oberbürgermeisters Wilhelm Kauter ist nach der letzten Veröffentlichung des Komitees bisher ein Gesamtbetrag von 4949 M. 51 Pf. vorhanden. Es besteht die Absicht, die Herstellung des Gedenksteins derart zu fördern, daß derselbe bereits in diesem Sommer aufgestellt werden kann.

• (Ein Jopfabsteiner) kreibt seit einigen Tagen in Karlsruhe sein Unwesen. Als Opfer sucht er Mädchen im schrecklichen Alter aus, welche die Jöpfe herabhängend tragen. Heute früh gegen 7 Uhr wurde die dritte derartige That an einem jungen Mädchen in der Schwannstraße verübt. Hoffentlich gelingt es der Polizei bald, des Jopfabsteiners habhaft zu werden.

**Verschiedenes.**

• Berlin, 7. Febr. (Kaiser Wilhelm's Stifftung.) Mittels Dredge seiner königlichen Hoheit des Prinzen Heinrich von Preußen, als des derzeitigen stellvertretenden Vizekönigs der Kaiser Wilhelm's Stifftung für deutsche Zavalien, ist der Generalmajor a. D. Sasse auf seinen Antrag von der Führung der Geschäfte als Vorsitzender des Verwaltungsausschusses der Stifftung entbunden und der Generalleutnant a. D. v. Kloeden zum Vorsitzenden dieses Ausschusses ernannt worden.

• C.B. Wien, 8. Febr. (Die Leiche des Professors Billroth) ist hier eingetroffen und wurde im Trauerhause aufgebahrt. Unter den unzähligen Beileidstelegrammen an die Witwe Billroth's befinden sich auch solche des Deutschen Kaisers und des Kaisers von Oesterreich. Der preussische Ministerpräsident, Graf Calenbarg, telegraphierte aus Berlin, Kaiser Wilhelm habe die Nachricht vom Hinscheiden des hochverehrten und von ihm persönlich hochgeschätzten Gemahlens mit aufrichtiger Betrübnis empfangen und ihn beauftragt, sein Beileid in den allerwärmsten Ausdrücken zu übermitteln.

**Neueste Telegramme.**

(Nach Schluß der Redaktion eingetroffen.) Berlin, 9. Febr. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 8. Februar die Vorlage, betreffend den Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Rußland, sowie den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide, den zuständigen Ausschüssen überwiesen und den Ausführungsbestimmungen zum Zuckersteuergesetz zugestimmt.

Berlin, 9. Febr. Auf der Tagesordnung des Reichstags steht die zweite Lesung des Post- und Telegraphenrats. Bei dem Titel „Staatssekretär“ bemerkte der Abg. Schönlank (Soz.): Während sonst die deutsche Postverwaltung an der Spitze des Verkehrs marschirte, sei schon seit langem hierin eine Erstarrung eingetreten. Besonders Württemberg sei auf dem Gebiete der Postgebührenermäßigung und des Telephonwesens dem Reiche weit vorangeschritten. Auf dem Gebiete der Sozialreform herrsche in der Reichspostverwaltung Stagnation. Die Forderung der Ueberhülle sei lediglich das Ergebnis der Ausbeutung der unteren Beamten. Der Betrieb werde vollständig auf kapitalistischer Grundlage gelitet. Redner wies auf die große Zahl der nur diätarisch angehaltenen Unterbeamten hin, die Verweigerung der Annahme

von Weihnachtsgeschenken von privater Seite und den Verteilungsmodus bei den Weihnachtsgeschenken. Redner ging auf die ungenügende Befoldung der Unterbeamten ein, die durch dieselbe leicht der Versuchung ausgesetzt seien, und kritisierte die Verwaltung der Post-Vorhubs- und Konsumvereine, welche nur den höheren Beamten zu gute kämen. Der Redner schloß unter steigendem Lärm mit der Forderung von Reformen.

Direktor im Reichspostamt Fischer protestirt gegen die Annahme des Vorredners, im Namen angeblich hungernder Postbeamten zu sprechen. Er verweist auf die Erklärung eines Postunterbeamten in den „Bremer Neuesten Nachrichten“, in welcher gesagt ist: Wir haben nichts zu thun mit den Sozialdemokraten. Was die Verteilung des Briefgeheimnisses anbelange, so sei die auf Grund des Sozialistengesetzes erlassene Verfügung, betreffend das Eröffnen verdächtiger Briefe, aufgehoben worden. Der Oberpostdirektor, von dem der Vorredner sprach, sei wegen Uebertretung seiner Befugnisse rektifizirt worden. Die Kriminalfälle von Postbeamten seien unter der Verwaltung Stephan's zurückgegangen. Von Kabinettsjustiz bei der Postverwaltung könne nicht die Rede sein. Gegenüber der Behauptung, die Sozialpolitik der Postverwaltung sei miserabel, verweise er darauf, daß letztere sich bemüht habe, durch Verträge mit Lebensversicherungs-gesellschaften den Beamten Erleichterungen und Zuschüsse zuzuwenden und dadurch auch für die Hinterbliebenen derselben zu sorgen. Das sei der Verwaltung von den Beamten auch gebannt worden. 1871 habe die Verwaltung eine Einrichtung für die Beamten getroffen, um sie aus Verlegenheiten zu befreien. Das ist der berühmte Postpar- und Vorhubsverein. Wenn diese Einrichtung nicht existierte, müßten die Beamten in gewissen Fällen anderswo Geld suchen. Die Einrichtung habe sich segensreich gezeigt. Freilich sei auch Schönlank's Behauptung, daß die Kaiser-Wilhelm-Stiftung nur den höheren Beamten zu gute käme, und ebenso irrig die Behauptung, die Verwaltung suche die unteren Beamten zu Tage-löhnern herabzubringen. Die Verwaltung sei vielmehr unablässig bemüht, das Verhältnis zwischen etatmäßigen und nichtetatmäßigen Stellen zu bessern. Zu bemerken sei, daß unter 30.000 nicht etatmäßig Angestellten 20.000 sogenannte Posthilfsbeamte sich befinden. Die Ziffern Schönlank's seien vollständig ungenau. Die ständigen Hilfsbeamten hätten früher sofort entlassen werden können, jetzt haben sie vierwöchentliche Kündigung und 13 Wochen unverkürztes Einkommen. Sie brauchen nichts zu den Krankenlasten beizutragen und erhalten für den Fall, daß sie dienstuntauglich werden, Unterstützung. Ist das die miserabel Sozialpolitik der Postverwaltung? Wir thun, was wir können. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Schmidt (frei. Volksp.) empfiehlt die Hinaufsetzung der Maximalgrenze für das Gewicht der Briefe auf 20 Gramm; dadurch würde nicht, wie Staatssekretär Stephan behauptet, ein Einnahmeausfall von fünf Millionen entstehen, sondern nur ein Ausfall von einer halben Million. Mit einer solchen Maßregel würde viel Arbeit gespart und ein dringender Wunsch weiter Kreise erfüllt.

Staatssekretär Dr. v. Stephan: Die Hinaufsetzung der Gewichtsgrenze sei lediglich eine finanzielle Maßregel, die im engsten Zusammenhang mit den gegenwärtigen Steuerberatungen der Kommissionen des Reichstags gestellt werden müßte. Die Ermäßigungen in Württemberg seien ein Interimium der württembergischen Regierung. Wie aus einer Darlegung im „Ulmer Tagblatt“ hervorgehe, sei diese Ermäßigung eine rein fiskalische Maßregel, die in den Kreisen der Geschäftselite Württembergs große Verstimmung hervorgerufen habe. Möge Schönlank also erst sich über die Verhältnisse in dem Staat richtig orientiren, den er uns als Muster empfiehlt. Gegenüber dem Wunsch des Abg. Bachem (Centr.) auf Aenderung des Portotarifs für Zeitungen erklärte Staatssekretär Dr. v. Stephan, ein diesbezüglicher Gesetzentwurf werde noch in dieser Session dem Hause vorgelegt.

Berlin, 9. Febr. Die Budgetkommission des Reichstags berieth heute den Kolonialetat weiter. Abg. Hamacher fragte wegen der Ergebnisse der deutsch-französischen Verhandlungen bezüglich des Hinterlandes von Kamerun an. Geh. Rath Kayser erwiderte, daß die Orte, nach denen französische Expeditionen gemacht worden seien, nicht in Deutschlands Interessensphäre liegen.

Berlin, 9. Febr. Der Civil-Lord der Admiralität, Robertson, hob in einer Rede hervor, England befinde sich bezüglich der fertigen oder zur Inspektion bereiten Kriegsschiffe in einer vortrefflichen Lage, aber die auswärtigen Nationen hätten auf ihren Werften eine größere Zahl von Schiffen als England. Man müsse also sofort Maßregeln treffen, damit England seine Stellung gegen über den anderen Nationen nicht verliere. Das Marinebudget enthalte nur die Ausgaben für das laufende Jahr; die Regierung habe jedoch ein Programm, welches geheim bleibt, damit sich die übrigen Mächte nicht nach England richten könnten.

Berlin, 9. Febr. Der Dampfer Adolf Börmann ist an der Küste von Liberia gestrandet. Sämtliche Passagiere, der Gouverneur Zimmerer, Landeshauptmann v. Pankamer und Assessor v. Salzweil wurden gerettet und befinden sich in Misso. Schiff und Ladung sind verloren.

Dresden, 9. Febr. Bei Seiner Majestät dem König traten gestern Abend wieder erhebliche Beschwerden auf. Nach deren Beseitigung hat der König gut geschlafen. Die Blutung scheint zu stehen. Das Allgemeinbefinden ist nach den Umständen gut.

München, 9. Febr. Gestern Nacht ist der frühere preussische Botschafter Karl Freiherr v. Werthern gestorben.

München, 9. Febr. Das Abgeordnetenhaus beendigte die Berathung des Eisenbahnetats und setzte die jährlichen Einnahmen der Bahnen auf 118 124 005 M., die Ausgaben auf 80 539 506 M., den Ueberschuß auf 37 584 500 M. fest. Sodann begann die Generaldebatte über den Postetat.

München, 9. Febr. Die Oberbayerische Handelskammer hat sich sehr sympathisch über den Handelsvertrag mit Rußland ausgesprochen und eine Resolution an den Reichstag um strikte Beibehaltung der Goldwährung beschlossen.

Paris, 9. Febr. Das „Journal des Debats“ veröffentlicht unter Vorbehalt eine Depesche, nach der sich die bei Timbuktu angegriffene Kolonne des Obersten Bonnier drei Tagemärsche westlich von Timbuktu befand, als sie während der Nacht angegriffen wurde. Zahlreiche Offiziere wurden getödtet oder werden vermißt; unter letzteren dürfte sich auch Bonnier selbst befinden. Nach dem „Matin“ soll Casimir Périer erklärt haben, Frankreich werde Timbuktu nicht räumen.

Paris, 9. Febr. Die Regierung beschloß, Verstärkungen für die Truppen nach Timbuktu zu senden.

Marzelle, 9. Febr. Zwölf Personen, meist Spanier, wurden verhaftet als verdächtig, Falschmünzerei in größerem Maßstab betrieben zu haben. Als Mitschuldige wurden zwei Bankbeamte verhaftet.

London, 9. Febr. Ihre Majestät die Königin Victoria wird Ende März einen längeren Aufenthalt in Florenz nehmen und dort anfangs April den Besuch des italienischen Königspaares erhalten.

Athen, 9. Febr. Mit großer Bestimmtheit tritt das Gerücht auf, daß das Ministerium Trikuis angesichts seiner geringfügigen parlamentarischen Mehrheit zurücktreten werde.

Madrid, 9. Febr. Gutem Vernehmen nach hat der Sultan von Marokko bei der Zusammenkunft mit dem Marschall Martinez Campos prinzipiell den Forderungen Spaniens zugestimmt und nur zu verstehen gegeben, daß die Höhe der Entschädigungssumme durch ein Schiedsgericht festgesetzt werde. Marschall Campos erhob aber Einspruch gegen jede fremde Einmischung, worauf ihn der Sultan ersuchte, mit dem Großwesir zu konferiren.

**Großherzogliches Hoftheater.**

Sonntag, 11. Febr. 26. Ab.-Vorh.: „Der fliegende Holländer“, romantische Oper in 3 Aufzügen von Richard Wagner. Anfang 7 1/2 Uhr.

Dienstag, 13. Febr. 26. Ab.-Vorh.: „Mein Leopold“, Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Adolf Parron, Musik von R. Bial. Anfang 7 1/2 Uhr.

Donnerstag, 15. Febr. 27. Ab.-Vorh.: „Der Troubadour“, Oper in 4 Aufzügen nach dem Italienischen des Salvatore Cammerano von Heinrich Proch, Musik von Josef Verdi. Marico: Herr Arthur Hofmann aus Wien als Gast. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Familiennachrichten.**

Auszug aus dem Karlsruher Standesbuch-Register. Geburten. 5. Febr. Franziska, B.: Heinrich Fitterer, Schlosser. — 6. Febr. Emma, B.: Wilhelm Kröger, Fabrikarbeiter. — 8. Febr. Wilhelmine Katharina, B.: Wilhelm Beisel, Tagelöhner. Eheaufgebot. 7. Febr. Alois Knopf von Stengenbach, Bahnhofsarbeiter hier, mit Katharine Schmieder von Scheibach. — 7. Febr. Bartholomäus Schäfer von Pauenberstein, Maurer hier, mit Elisabeth Richter von Lohrbach. — Josef Rinkenbach von Reuzingen, Privatassessor hier, mit Marie Böser von Oedheim. — Franz Krumm von Straßburg, Schlosser hier, mit Sofie Dietz von Langenab. Todesfälle. Karoline, Witwe von Karl Voll, Schlossmacher, 33 J. — Wilhelm Friedrich Alex, 12 J., B.: Fridolin Keller, Zimmermann.

**Witterungsbeobachtungen der Meteor. Station Karlsruhe.**

Februar	Barom. in mm	Therm. in C.	Absolute Feuchtigk. in mm	Relative Feuchtigk. in %	Wind.	Himmel.
8. Nachts 9 <sup>26</sup> U.	760.1 + 8.0	7.3	92	92	SW	bedeckt 1)
9. Morgs. 7 <sup>26</sup> U.	767.5 + 6.9	6.7	90	90	„	„
9. Mittags 2 <sup>26</sup> U.	764.2 + 10.0	5.5	60	60	„	heiter 2)

1) Regen. 2) Sturm. Höchste Temperatur am 8. Februar + 9.0°; niedrigste in der Nacht vom 8. auf 9. Februar + 7.5°. Niederschlagsmenge der letzten 24 Stunden 1.1 mm. Todnauer's Temperatur am 9. Februar, 7 Uhr 26 Min. Früh: + 2.1°; Schneehöhe: 12 cm. Wasserstand des Rheins. Wagan, 9. Febr. Morgs., 2.31 m, gefallen 3 cm.

**Wetterbericht vom 9. Februar 1894.**

Eine neue sehr tiefe Depression ist im hohen Norden vor der norwegischen Küste erschienen und das Wetter ist deshalb trüb oder unbelländig und regnerisch geblieben; nur die Temperaturen sind im größten Teile Deutschlands, wohl nur vorübergehend, etwas gesunken. Das Fallen des Ortsbarometers läßt erkennen, daß sich die Herrschaft der neuen Depression auch zunächst noch erhält; eine wesentliche Aenderung des bisherigen Witterungscharakters ist demnach nicht zu erwarten.

**Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 9. Februar 1894.**

Staatspapiere.	Wahrscheine.	Diskonto-Kommanbit 182.10
3% D. Reichsanleihe 86.50	Edelw. Nordostbahn 104.75	Saarbrücken 119.90
4% do. 107.75	do. do. 151.75	Stettin 160.—
4% Preuß. Staatsanleihe 117.75	Kombardon 91.11	Dortmund 59.70
4% Baden-Anl. 112.25	Ungarn 95.70	Bodum 125.70
4% do. 103.25	Stapel 201.75	Stadtpfand 128.70
4% Oesterr. Goldrente 97.50	Oest. Anleihe 111.50	Garpenner 136.90
4% Silberrente 79.30	Wegel aus Sorten.	
4% Ungar. Goldrente 95.90	Wegel a. Amsterd. 168.37	
II. Orientanleihe 98.—	„ „ London 30.46	Arbitration 258.97
Qualifiz. compiant 75.10	„ „ Paris 81.46	Staatsbank 215.50
Egypter 108.10	„ „ Wien 124.60	Kombardon 119.50
Spanier 63.40	Rapoleon'sche 16.28	Ungarn 117.60
Ros-Kurten 92.55	Privatbank 2.—	Stadtpfand 81.46
		Banknoten 95.05
		Papierrente 207.50
		Kandorban
Arbitration 291.—	Arbitration 230.75	
Diskonto-Kommanbit 178.50	Staatsbank 178.30	
Darmstädter Bank 182.40	Kombardon 91.75	Paris. 97.97
Handelsbank 132.90	Zentralbank 91.75	Spanier 68 1/2
Deutsche Bank 128.80	Berlin. 220.20	Sachsen 28.55
Dresdener Bank 135.20	Oesterr. Arbitration 220.20	Ottomane 600.—
Ränderbank 205 1/2	Kombardon 45.70	3% Postanleihen 88.—
		5% do. 101.—

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Garber in Karlsruhe.

# Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha.

Auf Gegenseitigkeit errichtet im Jahre 1821.

## Dreiundstiebenzigster Rechnungsabschluss vom Jahre 1893.

### I. Gewinn- und Verlust-Rechnung des Jahres 1893.

A. Einnahme.		B. Ausgabe.	
1. Ueberschüsse aus dem Vorjahre:		1. Schäden, einschließlich Kosten, aus den Vorjahren:	
a. Prämien-Ueberschüsse	6 820 579.40	a. gezahlt	297 716.80
b. Schaden-Reserve	—	b. zurückgestellt	6 000.—
c. sonstige Ueberschüsse und zwar:	444 786.10	2. Schäden, einschließlich Kosten, im Rechnungsjahre, abzüglich des Anteils der Rückversicherer:	
Vortrag aus alter Rechnung	7 265 365.50	a. gezahlt	2 002 567.40
2. Prämien-Einnahme ab Risikori	14 447 981.30	b. zurückgestellt	420 000.—
ab Risikori	27 942.—	3. Rückversicherungs-Prämien	317 012.40
3. Nebenleistungen der Versicherten	—	4. Provisionen abzüglich des von den Rückversicherern erhaltene Anteils	1 304 740.30
4. a. Zinsen	648 227.60	5. Steuern und öffentliche Abgaben	50 947.10
b. Mietsverträge	12 042.10	6. Verwaltungs-Kosten	391 053.70
5. Kursgewinn aus verkauften Wertpapieren	—	7. Freiwillige Beiträge zu gemeinnützigen Zwecken, insbesondere für das Feuerlöschwesen	11 072.40
6. Sonstige Einnahmen, und zwar:	16 826.60	8. Abschreibungen:	
verjährte Ueberschüsse-Anteile aus dem Jahre 1887	—	a. auf den Grundbesitz	12 079.—
		b. Wertpapiere	998.20
		9. Kursverluste auf Wertpapiere	7 149 208.20
		10. Prämien-Ueberschüsse	—
		11. Sonstige Reserve	—
		12. Sonstige Ausgaben, und zwar:	
		Rabatt auf mehrjährige Versicherungen mit Vorauszahlung der Prämie	90 887.90
		13. Ueberschuss und dessen Verwendung:	
		a. an den Kapital-Reservefonds u. sonstige Spezialreserven	—
		b. Tantiemen	—
		c. an die Versicherten	10 266 261.40
		d. andere Verwendungen und zwar:	
		an d. Witwen- u. Waisen-Versorgungsverein für die Beamten der Bank	10 000.—
		Vortrag a. neue Rechnung	26 556.80
			10 302 818.20
			22 357 501.10
			22 357 501.10

Nach der vorstehenden Gewinn- und Verlust-Rechnung des Jahres 1893 beträgt der an die Versicherten zur Verteilung kommende Ueberschuss:

M. 10 266 261.40

Von der an diesem Ueberschusse theilnehmenden Prämien-Summe von M. 14 258 696.40 sind danach

72 Procent

an die Versicherten zurückzugewähren.

### II. Bilanz am 31. Dezember 1893.

A. Aktiva.		B. Passiva.	
1. Grundbesitz	330 000	1. Aktien- oder Garantie-Kapital	—
2. Hypotheken	7 131 744.80	2. Kapital-Reservefonds	—
3. Darlehne an Kommunalverbände	327 790.60	3. Spezial-Reserven	426 000
4. Darlehne auf Wertpapiere	40 000	4. Schaden-Reserve	7 149 208.20
5. Wertpapiere höchstens nach dem Einkaufspreis für im Rechnungsjahre erworbene bzw. nach dem letzten Bilanzwert, aber nicht höher als zum Kurswertes am Schlusse des Rechnungsjahres	8 366 475	5. Prämien-Ueberschüsse	—
6. Wechsel	—	6. Gewinn-Reserve der Versicherten (noch nicht abgegebene Ueberschüsse-Anteile der Versicherten aus früheren Jahren)	379 352
7. Guthaben bei Bankhäusern	1 776 046.60	7. Guthaben anderer Versicherungsgesellschaften	—
8. Guthaben bei anderen Versicherungsgesellschaften	19 469.70	8. Baar-Tantiemen	—
9. Zinsen-Forderungen	38 015.10	9. Sonstige Passiva	—
10. Außenstände bei Generalagenten	131 230.30	10. Ueberschuss nach der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 1893 unter B. 13	10 302 218.20
11. Rückstände der Versicherten	—		
12. Baare Kasse	96 606.30		
13. Inventar und Drucksachen	—		
14. Sonstige Aktiva	18 257 378.40		
			18 257 378.40

Gotha, den 5. Januar 1894.

### Feuerversicherungsbank für Deutschland.

Dannenberg, Bräuning, Doebel, Ritter,  
Vorstandskommissar, Generaldirektor, Direktor, Direktor.

Nach dem vorstehenden Rechnungsabschluss der Bank für das Jahr 1893 beträgt der zur Verteilung kommende Ueberschuss:

72 Procent

der eingezahlten Prämien.

Die Banktheilnehmer empfangen ihren Ueberschuss-Anteil beim nächsten Ablauf der Versicherung (beziehungsweise des Versicherungsjahres) durch Anrechnung auf die neue Prämie, in den im § 7 der Bankverfassung bezeichneten Ausnahmefällen aber baar durch die unterzeichneten Agenturen.

Wannheim, im Februar 1894.

### Die General-Agentur: Friedrich Stoll.

Für Achen Hr. Rathschreiber Köbele;	für Balingen Hr. Rathschreiber Kad.	für Pforzheim Hr. Albert Prestinari;
„ Adelsheim Hr. Ernst Herold;	„ Schneidenberger;	„ Pfaffenlocher Hr. B. Knappp;
„ Altdorf Hr. J. Schwörer;	„ Raderer Hr. Aug. Schöpflin-Räger;	„ Radolfzell Hr. Rathschr. Fuchs;
„ Baden Hr. Frz. Wiegler;	„ <b>Karlsruhe Herr Karl Schwindt;</b>	„ Rastatt Hr. Alb. Engler;
„ Bretten Hr. Ph. Schafel;	„ Rehl Hr. Frz. Meyer;	„ Rothweil Hr. Alt-Rathschr. Moll;
„ Bruchsal Hr. Ant. Bopp jun.;	„ Reuzingen Hr. Ernst Fischer;	„ Scherzheim Hr. Gg. Fesler;
„ Buchen Hr. J. F. Kiefer;	„ Rippensheim Hr. Aug. Neumayer;	„ Schriesheim Hr. Friedrich Drehm;
„ Bühl Hr. Jos. Schmieder;	„ Rössen Hr. F. Schilbnacht;	„ Schwetzingen Hr. Jos. Fadel;
„ Dietzenberg Hr. Herm. Geng;	„ Rülshausen Hr. E. Beringer;	„ Seckach Hr. Carl Arnold;
„ Donauwörth Hr. Gg. Rittig;	„ Rabenburg Hr. Rathschreiber Jac. Drehm;	„ Sinsheim Hr. C. Speiser;
„ Durlach Hr. J. Schanz;	„ Rade Hr. Rathschreiber Rost;	„ Staufen Hr. Carl Reim;
„ Eberbach Hr. Wm. Störzbach;	„ Reuztal Hr. Arthur Lender;	„ Staudach Hr. C. Dandler;
„ Edingen Hr. S. Götz I.;	„ Reuztal Hr. C. Engler;	„ Tauberbischofsheim Hr. Emmerich Schupp;
„ Emmendingen Hr. Conr. Lutz;	„ Reuztal Hr. S. Wegner;	„ Ueberlingen Hr. Jul. Frey;
„ Eppingen Hr. Otto Müller;	„ Reuztal Hr. Aug. Drehm;	„ Weinsheim Hr. C. Dehorn;
„ Feudenheim Hr. Joh. Weisinger VII.;	„ Reuztal Hr. Aug. Drehm;	„ Weinsheim Hr. C. Dehorn;
„ Freiburg Hr. Emil Demuth;	„ Reuztal Hr. Aug. Drehm;	„ Weinsheim Hr. C. Dehorn;
„ Furtwangen Hr. Gg. Gebr. Heim;	„ Reuztal Hr. Aug. Drehm;	„ Weinsheim Hr. C. Dehorn;
„ Geroldsau Hr. Conr. Greven;	„ Reuztal Hr. Aug. Drehm;	„ Weinsheim Hr. C. Dehorn;
„ Gimmern Hr. Marz. Jechlin;	„ Reuztal Hr. Aug. Drehm;	„ Weinsheim Hr. C. Dehorn;
„ Hambrücken Hr. Gem. Rath Grub;	„ Reuztal Hr. Aug. Drehm;	„ Weinsheim Hr. C. Dehorn;
„ Hartheim Hr. Eugen Kiefer;	„ Reuztal Hr. Aug. Drehm;	„ Weinsheim Hr. C. Dehorn;
„ Haslach Hr. G. Loh;	„ Reuztal Hr. Aug. Drehm;	„ Weinsheim Hr. C. Dehorn;
„ Heidelberg Hr. Carl Epiger;	„ Reuztal Hr. Aug. Drehm;	„ Weinsheim Hr. C. Dehorn;
„ Hildmannsfield Hr. Ph. Burtart;	„ Reuztal Hr. Aug. Drehm;	„ Weinsheim Hr. C. Dehorn;
„ Hohenbach Hr. Gg. Erdmann II.;	„ Reuztal Hr. Aug. Drehm;	„ Weinsheim Hr. C. Dehorn;

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

## Boranzzeige. Stadtgarten-Theater. Ensemble-Gastspiel

### Schliersee'r Bauern-Theaters

unter Leitung des Direktors Ludwig Anwander.

Dienstag den 13. Februar:

### Der Herrgottsdiener von Ammergau.

Volkstümlich mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Dr. L. Ganghofer und G. Neuert.

Mittwoch den 14. Februar:

### 's Liserl von Schliersee.

Volkstümlich mit Gesang u. Tanz in 4 Akten, nach einer Erzählung des Dr. Herm. v. Schmid für die Bühne eingerichtet von Hans Neuert.

Donnerstag den 15. Februar:

### Der Ausgestoßene.

Volkstümlich mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Benno Rauchenegger.

Freitag den 16. Februar:

### Jägerblut.

Volkstümlich mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Benno Rauchenegger.

Billets sind vom 10. Februar ab im Vorverkauf zu haben bei Herrn Adolf Ulrici, Kaiserstraße 201.

Das Theater ist gut geheizt. 320 2

## Süddeutsche Versicherungsbank für Militärdienst- & Töchter-Aussteuer in Karlsruhe.

Militärdienst-, Aussteuer- und Alters-Versicherungen vermitteln die Vertreter und nähere Auskunft ertheilt

Die Direktion.

Nie wiederkehrende Gelegenheit! Die

Der große, anerkannt billige

## Berliner Schirm-Ausverkauf

ist wieder mit einem Riesenvorrath

Sonnen- und Regen-Schirme

hier eingetroffen und verkauft zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Der Verkauf dauert nur kurze Zeit und ist der Laden vor 1. März anderweitig vermietet. — Geschäftsdringlich: Großer Umsatz, kleiner Nutzen.

## Max Lichtenstein aus Berlin,

Kaiserstrasse 113, Eingang Adlerstraße. 402 1

## Stammholzversteigerung.

Das Forstl. von Mellingen'sche

Reutamt veräußert nächsten Dienstag

den 13. Februar i. J. in Mellingen

in den Distrikten Sennich, Elsbach,

Baumwald und Schloßgarten:

1. 26 Stüd Eichen, II. u. III. Kl.

2. 1 Alajannamm.

3. 17 Birkenstämme.

4. 20 Stüd eichene und taunene Wag-

nerklagen.

Zusammenkunft: Vormittags 10 Uhr

in Sennich.

## Influenza

zu verhüten, genieße man Blut-

Apfelsinen, 35-50 Ctd. je nach

Größe der Frucht M. 2; Mandarinen

35-50 Ctd. M. 3.40; Citronen

35-50 Ctd. M. 2.70, frohgeschützt ver-

packt portofrei durch die Administration

des „Exporteur“ in Triest.

394 1. Ein gutes

## Pianino

mit schönem Ton wird Verhält-

nisse halber billig verkauft. Zu

erfragen in der Expedition d. Bl.

## Anzeige!

Unterzeichneter sucht Abnehmer für

Wagenladungen

## Speziespreu, Brauer-

gerste und Hafer

und sieht diesbezüglichen Anfragen ent-

gegen. 400

Mellingen, Amt Reßlich, Baden.

Julius Eitelberger.

## Bürgerliche Rechtspflege.

Vermögensabfindung.

363. Nr. 1065. Konstanz. Die

Gehraue des Landwirts Kasimir Haag,

Maria Ida, geb. Schmidt von Weiter-

dingen, wurde durch Urteil des Gr.

Landgerichts Konstanz - Zivilkammer I

- vom Heutigen für berechtigt erklärt,

ihre Vermögens von demjenigen ihres

Ehemannes abzufordern.

Konstanz, den 30. Januar 1894.

Der Gerichtsschreiber Dr. Landgerichts: Rothweiler.

(Mit einer Beilage.)